

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kietmeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasensteins u. Bogler; in Hamburg: J. Tietze.

Danziger



Beitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungs-Haupt-Rassen-Kassirer Lilly zu Minden den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kreis-Secretair Johann Joseph Schmitz zu Düren den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer Jakob Schmidt zu Langenau im Kreise Bromberg das Allgemeine Ehrenzeichen, dem Steuermann Franz Voller, dem Schiffer Laurentz Voller und dem Schiffer Hermann Quadt zu Wesel, so wie dem Schiffer Gerhard Vohmann zu Buderich im Kreise Moers, dem Arbeiter Hermann Albers zu Bienen im Kreise Nees und dem Schäfer Carl Schiewed zu Weidenbach im Kreise Dels die Rettungs-Medaille am Bande, ferner dem zur Zeit der Königl. Gefandtschaft in Rom attachirten Lieutenant a. D. Freiherrn Friedrich von Vinde die Kammerjunfer-Würde, und dem Geheimen Rechnungs-Revisor, Rechnungs-Rath Seefisch den Character als Geheimer Rechnungs-Rath zu verleihen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Beitung.

Neapel, 7. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Messina ist die Blockade der dortigen Citadelle notificirt worden. Die Feindseligkeiten haben begonnen und haben die fremden Schiffe mit Ausnahme der englischen und amerikanischen Messina verlassen.

Triest, 7. März. Nach den mit der Levantepost eingegangenen Nachrichten aus Konstantinopel vom 2. d., war daselbst eine neue Kaimess-Ausgabe beschlossen worden. Eine türkische Flotille geht mit sechsmonatlichem Proviant und 6000 Mann nach dem adriatischen Meere und soll in Durazzo, Arbona und Klef stationirt werden.

Von der polnischen Grenze, 7. März. Nach Berichten aus Warschau vom gestrigen Abend wären daselbst aus Petersburg noch keine Verhaltungsbeefehle eingetroffen. Es wurde erzählt, es wäre dem Kaiser auf seine desfallsige Anfrage gemeldet worden, daß keine Aufständischen mit den Waffen in der Hand ergriffen worden seien, worauf auf telegraphischem Wege der kaiserliche Befehl gekommen sein soll, daß der Staatssekretär Karinski Befehl Darlegung des Standes der Dinge sich sofort nach Petersburg begeben solle. Bis zur Entscheidung von dort bleibt die Bürgerdelegation in Thätigkeit.

Ischhoe, 7. März. Das zur Berichterstattung über die Vorlagen der Regierung niedergesetzte Comité besteht aus den Abgeordneten: Blome, Preußner, Mannhardt, Versmann, Wyndeden, Otto Ranzau, Witt, Emil Ranzau, Lehmann, Reinde, Bodemann. Die Genannten sind wegen ihrer entschieden nationalen Gesinnung bekannt.

Kopenhagen, 6. März. (H. N.) Der wesentlichste Inhalt der den holsteinischen Ständen gemachten Sonder-Verfassungs-Vorlage ist folgendes: Die Gesetze werden vom Minister contrasignirt, der hiedurch für dieselben verantwortlich wird. Der König und die Stände können den Minister wegen Verfassungsverletzung in Anklagezustand versetzen. Eine solche Anklage wird vom Ober-Appellationsgericht mündlich und öffentlich verhandelt. Die Beamten können nur mit Pension, die Richter nur durch Urtheilspruch verabschiedet werden. Die Beamten dürfen, ohne bei der Regierung um Erlaubniß nachzugehen, eine Wahl für die Stände annehmen. Die Aeußerungsfreiheit wird gestattet, doch erst gleichzeitig mit einem der nächsten Ständeversammlung vorzulegenden Pressgesetz. Das Vereinsrecht zu gesellschaftlichen Zwecken ist frei. Vorläufige Verbote gegen Vereine müssen vor die Gerichte gebracht werden. Gefangene müssen binnen 24 Stunden vor den Richter gestellt werden. Alle Glaubensbekenntnisse sind gleichgestellt. Die Stände treten alle 2 Jahre zusammen; wenn dieselben vom Könige aufgelöst werden, tritt die Neuwahl sofort, die Einberufung binnen 4 Monaten ein. Für die Sonder-Einnahmen und Ausgaben Holsteins wird ein Normalbudget aufgestellt. Die Stände beschließen Zulage-Bewilligungen zu diesem Normalbudget. Die Stände erthei-

Stadt-Theater.

Als der berühmte Posuist Naticch sich an einem mittel-deutschen Hofe zum ersten Male im Concert hören lassen sollte, überkam die sämtlichen Damen beim bloßen Anblick seines Instruments ein solcher Schreck, daß sie nur durch das eindringlichste Zureden des anwesenden Regenten zum Bleiben zu bewegen waren. So erzählt man wenigstens. Wir wissen nicht, ob die gestern im Theater anwesenden Zuhörerinnen beim Erscheinen der respektablen Maschine des Herrn Colasanti, Ophikleide genannt, von einem ähnlichen Unbehagen ergriffen worden sind. Wenigstens würden wir es sehr verzeihlich finden, wenn die Damen allen Ernstes um ihre Nerven besorgt gewesen wären, denn, von der äußern Schale auf den Kern zu schließen, mußte man von dem Messing-Riesen ungeheuerliche und nichts weniger als schöne Töne erwarten. Das „ex ungue leonem“ traf hier aber glücklicherweise nicht zu und das gefürchtete Geräusch, das nervenerschütternde tiefe Dröhnen verwandelte sich, Dank der wunderbaren Geschicklichkeit des originellsten aller Virtuosen, in einen singenden Ton von lieblichem Schmelz, in der Klangfarbe theils an das Waldhorn, theils an das Fagott erinnernd. Man sieht es dem Umfange und dem ganzen Bau dieser Ophikleide an, daß der Erfinder das Instrument für andere Zwecke bestimmt hat, als für Solo-Wirkungen. In der That nimmt die Ophikleide in dem modernen französischen Orchester, namentlich auch in den Partituren Meyerbeers, die Stelle der bei uns gebräuchlichen Wieprechtischen Baßuba ein und erfüllt ihren Zweck, theils den Baß im Forte zu verstärken, theils auch besondere Klangeffekte zu erzeugen,

len durch ein Gesetz Decharge für die Finanzrechnung. Die Ständemitglieder können ohne Genehmigung der Stände weder verhaftet noch in Anklagezustand versetzt werden, ausgenommen wenn sie in flagranti betroffen werden, und sind für ihre Aeußerungen in der Ständeverammlung unverantwortlich.

Hamburg, 6. März, Abends. Man meldet aus Ischhoe, daß nach der heute stattgehabten Königl. Eröffnung an die holsteinischen Stände, der Entwurf für den neuen Gesamtstaats-Verfassung erst dem Rumpf-Reichsrathe und alsdann erst, vor-aussichtlich bloß zur Annahme en bloc, den holsteinischen Ständen vorgelegt werden soll. Der Wahlmodus für die künftige zweite Kammer des Reichsraths soll ganz dem von den Ständen bereits 1857 als unannehmbar erklärten Wahlgesetze vom 2. October 1855 entsprechen. Auch in der holsteinischen Verfassung sollen die bisherigen Beschränkungen des Wahlrechts fast durchweg aufrecht erhalten werden. Die Einführung der Pressefreiheit soll vertragen werden, bis mit einer neuen Ständeverammlung ein Pressgesetz vereinbart worden. Bis dahin soll es weiter so bleiben wie bisher. Das Normal-Budget soll einstweilen von der Regierung octroyirt werden. Zur Entscheidung von Kompetenz-Conflikten soll eine zur Hälfte aus Administrativ-Beamten bestehende Behörde eingeführt werden, bis zu deren eventueller Einführung aber das Recht der Entscheidung dem Könige zustehen. Das Budget für 1861 wird den Ständen nicht vorgelegt, vielmehr sollen die Bestimmungen der Königl. Resolution vom 23. Septbr. 1859 maßgebend bleiben.

Wien, 7. März, Morgens. Die heutige „Wiener Ztg.“ meldet in ihrem amtlichen Theile, daß der Statthalter-Vizepräsident Poche und der Oberlandesgerichts-Vizepräsident Lewinsky provisorisch zu Sectionschefs im Staatsministerium ernannt worden seien. — Die „Wiener Zeitung“ meldet ferner: Ein kaiserliches Handschreiben vom 5. d. an den Staatsminister bewilligt auf Ansuchen des serbischen Patriarchen Rajacic das schnellste Zusammentreten des, vor Eröffnung des ungarischen Landtages zu beendenden, serbischen National-Congresses, damit die serbische Bevölkerung des vormaligen serbisch-banater Verwaltungsgebietes Gelegenheit erhalte, ihre Wünsche bezüglich der verbürgten Aufrechterhaltung ihrer altershergebrachten Privilegien und Exemtionen, vorzugsweise in Betreff ihrer Nationalität und Sprache auszusprechen und die aus Anlaß der Wiedereinverleibung der Wojwodina in Ungarn nöthig erachteten Bedingungen und Garantie-Anträge, bestimmt zu formuliren.

Paris, 7. März, Morg. In der gestrigen Sitzung des Senats fand die Discussion über das Amendement in Betreff der weltlichen Souveränität des Papstes statt. Casabianca als Organ der Majorität sagte, daß die Commission das Amendement verwerfe: er forderte Vertrauen für die Regierung des Kaisers und behauptete, daß weder die Commission noch die Regierung daran dächten, das Oberhaupt der katholischen Kirche zu verlassen. Bourquenez und der Herzog von Padua unterstützten das Amendement. Barthé machte zugleich den Vorwurf, daß Piemont die Rathschläge Englands befolgt, die Rathschläge Frankreichs aber mißachtet habe. Baroche bekämpfte das Amendement, fand die Adresse ausreichend und behauptete, es deute nichts auf die Absicht der Regierung hin, die französischen Truppen von Rom zurückzuziehen zu wollen; eher auf das Gegentheil. Bei der Abstimmung wurde das Amendement mit 79 gegen 61 Stimmen verworfen. Morgen wird die Discussion über den Adressentwurf fortgesetzt werden.

Paris, 6. März. (H. N.) Eine Division der Expedition nach Cochinchina ist am 25. Januar unter den Befehlen Vissignés aus den chinesischen Gewässern abgegangen. Der Angriff soll am 10. Februar eröffnet werden.

viel vollkommener, als die rau und hart klingende Tuba, welche zwar für die Ventilinstrumente bei der Militärmusik einen ganz guten Baß abgibt, dagegen sich mit den Tonfarben des Orchesters nur schlecht oder gar nicht verschmilzt. Das schwerfällige, unflexible Instrument über die Grenzen seiner Natur hinauszuführen und es dem Künstler- und Virtuosenenthum dienstbar zu machen, das war dem eminenten Talent des Herrn Colasanti vorbehalten, dessen Bekanntheit wir in der gestrigen Theatervorstellung machten. Einen Maßstab an die Leistungen dieses Künstlers auf seiner Ophikleide zu legen, ist aus dem Grunde unmöglich, weil er jedenfalls als der Erste und Einzige in seinem Fache da steht und deshalb jeden Vergleich ausschließt. Wir zweifeln auch, daß er überhaupt bedeutende Nachfolger haben werde, denn aus freier Wahl sich einem solchen Instrumente zu widmen, zu welchem, in der für Virtuosen zweckmäßigsten Benutzung, menschliche Lungen kaum ausreichen, das müssen wir fast eine Caprice nennen. Bemerkenswerth sind bei Hrn. Colasanti's Leistungen die Schönheit des Tons, der Geschmeid im Vortrage, vorzugsweise aber die immense Fertigkeit, die Bravour, mit welcher er die schwierigsten Passagen, Triller u. s. w. ausführt und den Umfang des Instruments nach der Höhe zu weit über die Grenze hinaus ausdehnt, bis zu welcher dasselbe im Orchester gebraucht wird. Wir hätten nie geglaubt, daß auf der Ophikleide dergleichen möglich und ausführbar sein könnte. Der Künstler spielte drei Piecen, jede in ihrer Art vollendet, zuerst eine Fantasie aus der „Nachtwandlerin“, dann das Miserere mit Chor aus Verdis „Trubadour“, zuletzt ein wahres Paradiesstück der glänzendsten Bravour,

Paris, 6. März. (H. N.) Die Generale Cialdini, Fanti und La Marmora sind zu Warschau ernannt.

Polen und Dosen.

Raum sind zu uns die ersten Nachrichten von einer polnischen Bewegung herübergebracht, vor deren moralischer Gewalt die russischen Behörden, wenigstens in der ersten Bestürzung, sich äußerlich gebeugt haben, so begegnen wir auch schon, zumal in der Regierung näher stehenden Kreisen, einer Uebereilung und Verwirrung des Urtheils, der wir nicht frühzeitig und entschieden genug entgegen treten können.

Es ist nicht bloß ein politisch gefährlicher, es ist auch ein beschämender, mit der Achtung, die wir uns selbst schuldig sind, nicht zu vereinbarender Irrthum, wenn wir das Verhältnis der Polen zu der russischen Herrschaft mit demselben Maße messen wollten, wie ihr Verhältnis der preussischen Regierung gegenüber. Wenn wir dem verderblichen Einflusse eines solchen Irrthums auf die Praxis vielleicht schon der nächsten Zukunft zu steuern suchen, so haben wir dabei kein historisches Urtheil über frühere Thaten und frühere Zustände abzugeben; wir haben vielmehr lediglich den gegenwärtigen Zustand ins Auge zu fassen. Denn für die politische Praxis hat eine Bedeutung nur die Beantwortung der Frage: Welches Recht haben die auf dem Boden des ehemaligen polnischen Reichs in dem gegenwärtigen Augenblicke wohnenden Menschen von der russischen, der österreichischen, der preussischen Regierung in Anspruch zu nehmen? Von Oesterreich sprechen wir hier nicht, wir haben es hier nur mit Rußland, vornehmlich aber haben wir es mit unserm eigenen, dem preussischen Staate zu thun.

Im russischen Polen, namentlich dem sogenannten Königsreiche, haben sich Russen nur in verschwindend kleiner Zahl heimisch gemacht. Daß die Russen russische Bildung und Gesittung in das Land hineingetragen hätten, wäre eine mehr als burleske Behauptung. Fast eben so seltsam würde es klingen, wenn ein Russe sich rühmen wollte, seine Regierung habe an die Stelle früherer polnischer Anarchie eine prompte und unparteiische Rechtspflege gesetzt, sie habe den Personen und dem Eigentum Sicherheit und Freiheit gegeben, sie habe zwar nicht national russische, wohl aber allgemein menschliche Bildung und Gesittung unter allen Klassen der polnischen Bevölkerung gefördert, sie habe, indem sie der Willkür und der Tyrannei der adeligen Herren eine Schranke setzte, keine anderen Tyrannen, keine Schergen und Blutsauger, sondern gesetzestreue, ehrliche und, sofern sie es nicht sein sollten, doch unter strenger und gewissenhafter Controle gehaltene Beamte in das Land geführt; sie habe, Alles zu Allem gerechnet, der weit überwiegenden Majorität des polnischen Volkes erst zu einem menschenwürdigen Dasein verholfen. Es ist unzweifelhaft gewiß, daß der russischen Regierung Niemand mit ernster Miene ein solches Lob spenden kann. Wenn die Bildung und Gesittung des polnischen Volkes eine im Ganzen höhere ist, als vor den Zeiten der russischen Herrschaft, so ist es das Verdienst dieses Volkes selbst, besonders einzelner waderer Männer aus dem Adel und dem, freilich immer noch wenig entwickelten, Bürgerstande. Die russische Regierung hat nie die geistige und sittliche Hebung des polnischen Volkes, und seine materielle Wohlfahrt nur so weit im Auge gehabt, als das Interesse des kaiserlichen Fiskus es zu erheischen schien; ja, sie hat sogar dieses Interesse aus Mangel an Einsicht und aus Mangel an Mitteln in der Regel so schlecht wahrgenommen, daß der im Allgemeinen höhere Wohlstand Polens sich weit mehr trotz der russischen Regierungskunst als in Folge derselben entwickelt hat.

Das russische Polen ist unter russischer Herrschaft ein durchaus polnisches Land geblieben. Das polnische Volk aber ist durch kein Band der Pietät, sondern nur durch die Uebermacht der

das „Souvenir de Naples“. Mit dem Miserere machte er einen das Gemüth mächtig ergreifenden, tiefen und feierlichen Eindruck, wogegen in dem Schlußstück die enorme technische Geschicklichkeit die Zuhörer in gerechtes Erstaunen versetzte und stürmischen Beifall hervorrief. Nach diesem Erfolge des originellen Virtuosen bedarf es kaum einer Hinweisung auf sein zweites und letztes Concert. — Ueber die recht gelungene Aufführung der schönen Mehul'schen Oper „Joseph in Egypten“ berichten wir morgen. Markull.

— Am 1. März feierte Sophie Schröder in München ihren 80. Geburtstag und von verschiedenen Seiten war nichts versäumt worden, diesem Fest der ehrwürdigen Tragödin aus unserer großen klassischen Epoche mitzufeiern. König Max ließ der Künstlerin mit einem Handschreiben die große goldene Medaille „zum Andenken“ und einen Lorbeerkranz durch den interimistischen Intendanten überreichen; von Seiten des Münchener Theater-Personals ward ihr gleichfalls ein Ehrengeschenk, eine silberne Krone, zu Theil; aus Dresden überbrachte die eben hier angelommene Dresdener Hofschauspielerin Ella v. Bulowski einen Lorbeerkranz und aus Berlin war der Gefeierte schon am Tage vorher ein Festgruß zugegangen. Herr Richter begrüßte sie (im großen Foyer des Hoftheaters) im Namen des Münchener Bühnenpersonals mit einem Festgedicht. Auch waren einige Freunde des Theaters, von denen Geibel und Bodenstedt anwesend sein konnten, zu diesem merkwürdigen Künstlerjubiläum eingeladen.

Bajonette und der Kanonen an die russische Regierung gesellt. Es hat ein menschenwürdiges Dasein auch dann nicht zu hoffen, wenn die Regierung den Polen dasselbe Recht oder vielmehr, da von einem auch nur annähernd freien Rechtszustande im russischen Reich überhaupt nicht die Rede ist, dieselbe Günst zu Theil werden ließe, wie den Russen. Das polnische Volk ist mithin berechtigt, die russische Gewaltherrschaft mit allen Mitteln von sich abzuwerfen. Ob die Polen aber wirklich stark genug dazu sind, das können wir von unserer Stelle aus nicht beurtheilen; wir können nur mehr oder minder wahrscheinliche Vermuthungen darüber aussprechen. Der Erfolg allein wird es uns lehren. Eben so müssen wir es den Erfahrungen der Zukunft anheim geben, ob die Polen wirklich fähig sind, ein freieres, gerechteres, edler gestaltetes Staats- und Volksleben aus ihrem eigenen Geiste heraus zu schaffen, als dasjenige ist, zu welchem die russische Herrschaft sie verdammt, und auch als das war, zu welchem vor den Zeiten der Fremdherrschaft sie sich selbst durch ihre eigene Schuld oder ihre eigene Unreife verdammt hatten.

Aber wir befinden uns auch gar nicht in der Nothwendigkeit, uns ein Urtheil über den Erfolg oder die Erfolglosigkeit einer neuen polnischen Erhebung gegen die russische Herrschaft zu bilden. Wir haben nur zu fragen, ob die Polen zu einem solchen Unternehmen an sich berechtigt sind. Sind sie es aber — und wer wollte läugnen, daß sie es sind? — so fällt uns damit freilich nicht die Pflicht zu, ihnen in ihrem Kampfe beizustehen. Das bedarf natürlich keines Beweises. Aber eben so wenig sollte es eines Beweises bedürfen, daß wir auch kein Recht haben, direct oder auch nur indirect (wie es die preussische Regierung 1831 that) den Russen zur Niederwerfung Polens beihilflich zu sein. Daß das jetzige und das im Falle eines polnischen Sieges zu erwartende oder zu befürchtende Verhalten unserer Mitbürger polnischer Zunge nicht einmal den Vorwand der Nützlichkeit oder gar der Nothwendigkeit bieten kann, um den Russen bei Thaten beihilflich zu sein, die wir, von den Dänen gegen unsere Brüder in Schleswig-Holstein verübt, mit Recht und auf das Aeußerste verdammen, das gebeten wir in einem folgenden Artikel nachzuweisen.

Landtags-Verhandlungen.

22. Sitzung des Abgeordneten-Hauses, am 7. März.

Die 22. Sitzung wird am Donnerstag um 10 Uhr 20 Min. von dem Präsid. Herrn Dr. Simon eröffnet. Am Ministerische die Herren Frhr. v. Patow, Regierungs-Commissar Meinede. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Herr Schwenzner, um sein gefälliges Verzeihen auf das Wort nach der Rede des Abg. Gneist zu motiviren; er sei so erlaucht über diese Rede gewesen, daß er in der ersten Aufregung nicht habe antworten wollen. Der Herr Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß eine Discussion dieser Art unzulässig sei und das Haus geht zur Tagesordnung über. Die Specialdiscussion über den Gesetzentwurf der anderweitigen Regelung der Grundsteuer wird fortgesetzt. Es bleibt zu dem § 4 jetzt noch das Amendement der Abg. Schult und 23 Genossen der Fraction des Centrums: Das Haus wolle beschließen, den § 4, Alin. a. zu fassen wie folgt: „der zu Holzcutt bestimmte Boden, welcher im alleinigen Eigenthum des Staats befindlich ist oder dahin übergeht.“ Hr. Schult vertheidigt das Amendement. Herr v. Richthofen bekämpft dasselbe; ebenso spricht sich der Herr Regierungs-Commissar Meinede gegen dasselbe aus. Ein Heranziehen der Domänen zur Grundsteuer hieße das Geld aus einer Kasse in die andere thun. Auch der Herr Finanzminister hebt hervor, daß die Ansichten der Antragsteller auf solchen Voraussetzungen beruhen, was Herr Kaup nicht anerkennt. Die Discussion über Al. 1 § 4 ist geschlossen. Zu Al. b (die Domainengrundstücke der vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen sind frei von der Grundsteuer) nimmt Herr Waldeck das Wort, um sich gegen diese Steuerfreiheit auszusprechen, welche nur in der Bundesacte begründet, durch die Verfassung aufgehoben, durch das Gesetz von 1854 wiederhergestellt sei. Das Haus habe auch nicht das Recht, den § 24 der Instruction vom 30. Mai 1820 als Grundlage anzunehmen, darum sei das Alinea b zu streichen. Der Herr Finanzminister meint, daß durch die Instruktion den Landesherren ungewissheit die Steuerfreiheit zugestanden sei; zweifelhaft sei nur, ob man nicht damals zu weit gegangen. Spätere Bundesbeschlüsse hätten diese Steuerfreiheit functionirt, und diese Beschlüsse können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Herr Reichensperger (Geldern) stimmt dem Minister darin bei, daß die rechtliche Seite der Frage nicht mehr in Erörterung gezogen werden könne. Gleichwohl geht die Instruktion weit über das Recht hinaus.

Herr Waldeck tritt nicht den Verordnungen von 1854 und 55 entgegen; er will nur nicht, daß das Haus der Abgeordneten diese Instruktion förmlich anerkenne; das kann nicht die Aufgabe des Gesetzgebers sein.

Herr von Patow: die Instruktion von 1820 hat Gesetzeskraft und kann nur durch ein anderes Gesetz aufgehoben oder beseitigt werden. Zu Al. c. hat Herr von Eckartstein und 18 Genossen der Rechten das Amendement gestellt, so sagen statt: „die den Provinzen, den Kreisen oder den Gemeinden u. s. w.“ — „die den Provinzen, den Kreisen, den Gemeinden oder selbstständigen Gutsbezirken u. s. w.“ Der Herr Finanzminister hat nichts dagegen zu erwidern.

Zu Al. e. mündet Hr. Osterrath und 28 Genossen des Centrums, daß die Worte: „bisher von der Grundsteuer befreiten“ gestrichen werden. Herr Osterrath hält den Inhalt des Al. nach der Regierungs-Vorlage für eine Verbesserung und im Widerspruch mit Art. 101 der Verfassung. Er stellt dem einen Antrag, diesem Alinea folgenden Zusatz zu geben: „Grundstücke, welche mit den Eritungen gebören und ihren unmittelbaren Zinsen entzogen werden, unterliegen der Grundsteuer.“

Herr Reichensperger (Geldern) vertheidigt, daß es nicht spezielle Interessen sind, welche den Antragsteller getrieben haben, Thatfachen gegenüber möge man nicht Principienreiterei treiben.

Herr von Blankenburg bedauert, nicht für das Amendement stimmen zu können, obgleich die Annahme des Gesetzes sicher Härten herbeiführen würde.

Der Hr. Reg. Comm. Meinede bestätigt im Ganzen die Angaben des Hrn. Osterrath bis auf die Verhältnisse in Westpreußen. Nach dem Gesetze von 1850 wurde die Steuerfreiheit der geistlichen Güter ganz aufgehoben; man ist aber davon abgegangen und um Uebelständen auszuweichen, glaubte die Regierung auf die 30–35 Tausend Thlr. verzichten zu dürfen, welche die Grundsteuer aus den geistl. Gütern ertragen würde. Sonst sind alle Grundstücke des Gesetzes v. 1850 festgehalten; das Amendement würde aber eine Ausdehnung der Steuerfreiheit herbeiführen und dies liegt nicht in der Absicht der Reg. welche sich gegen dasselbe erklärt. Herr Reichensperger (Geldern) befreit die Ansicht des Hrn. v. Blankenburg, daß die Grundsteuer keine Steuer sei. Für die Staatskasse wäre die Ausdehnung der Steuerfreiheit gleichgültig, da ja die Steuer auf 10 Mill. contingentirt ist. Es handelt sich hier aber um eine Ausgleichung, um einen Akt der Gerechtigkeit. An der Discussion theilnehmen sich noch die Hrn. v. Rod, v. Blankenburg, der Hr. Finanzminister, Hr. Reichensperger (Geldern), Hr. v. Linke (Hagen) Hr. Kühne (Berlin). Der Berichterstatter Hr. Burghard erklärt sich gegen die Amendements Osterrath. Das Amendement Schult zu Al. a. wird abgelehnt, ebenso der Antrag des Hrn. Waldeck, Al. b. zu streichen; der Antrag des Hrn. Eckartstein zu c. wird angenommen, die Anträge Osterrath zu e. abgelehnt und der § 4 nach der Regierungsvorlage angenommen. Der § 5, welcher von der Veranlagung zur Grundsteuer und Entschädigung der bisher befreiten und bevorzugten Grundstücke handelt, wird angenommen, doch stimmt Herr v. Vinde (Hagen) und Alnd. gegen die in diesem § ausgesprochene Gewährung einer Entschädigung. Zu § 6 sind folgende Amendements gestellt. Dasjenige des Hrn. Schaffer-Boichorst und 18 Genossen des Centrums: „im § 6 Alin. 2 des Regierungsentwurfs hinter den Worten: „Abzählungswerts“ hinzuzufügen: „innerhalb der nächsten zehn Jahre,“ dagegen die Worte: „mäßigen“ und „allmählig“ zu streichen; ferner in § 6 Alin. 2 hinter den Worten: „Zahresraten“ einzufügen: „durch Beischläge zur Grundsteuer“, des Hrn. Jacob und 26 Genossen der Fraction Vinde: „im § 6 Alin.

2 des Regierungsentwurfs die Worte: „mit Ausschluß derjenigen Beträge, welche davon auf die westlichen Provinzen treffen“, zu streichen und statt der Worte: „von den 6 östlichen Provinzen allein“ zu setzen: „von jeder Provinz, beziehungsweise von den einzelnen, einem besondern Grundsteuerhystem unterliegenden ständischen Verbänden, nach dem für sie verwendeten Antheile“, und das Unteramendement des Hrn. v. Benda: „für den Fall der Annahme des vorstehenden Amendement Jacob diesem hinzuzufügen: „die Kosten der Vernehmung und Kartirung der Gemarkungen hat hierbei jede eine solche Gemarkung bildende Gemeinde, bezüglich jeder selbstständigen Gutsbezirk vorweg allein zu übernehmen“. Der § beschäftigt sich mit der Ermittlung des Reinertrags behufs Feststellung der Grundsteuer-Hauptsummen. Herr v. Vinde vertheidigt das Amendement Jacob.

Der Herr Regierungs-Commissarius, welcher die Wichtigkeit der für den ganzen Staat bestimmten Arbeit hervorhebt; die westlichen Provinzen bei diesen Kosten heranzuziehen, wäre eine Ungerechtigkeit. Man möge den § nach der Regierungsvorlage unverändert annehmen.

Herr Jacob verlangt die Theilung der Kosten nach Verhältniß der verurtheilten Ausgaben. (Die Unruhe auf der linken Seite wächst.) Herr v. Benda will, wie dies sein Unteramendement zeigt, noch weiter gehen; er meint, man dürfe nicht bei den Provinzen stehen bleiben, sondern man müsse noch weiter herab bis auf die durch die einzelnen Kreise oder gar Gemeinden verursachten Ausgaben den von Herrn Jacob gemachten Vorschlag verfolgen.

Der Herr Finanzminister. Aus dem Vorschlage des Hrn. Jacob und noch mehr aus dem des Hrn. v. Benda werden große Unbilligkeiten hervorgehen, ja die Billigkeit wird gerade und auf das tiefste verletzt.

Herr v. Blankenburg stimmt den Ausführungen der Regierung bei; es handelt sich hier allerdings um eine allgemeine Maßregel für den ganzen Staat, und eigentlich müßte die Staatskasse allein die Kosten definitiv tragen; jedoch muß, um die Kosten festzustellen, in den westlichen Provinzen dasselbe geschehen, wie in den östlichen. Für die Commission wolle er stimmen, aber gegen die Vorlage.

Der Regierungs-Commissarius Meinede. Alles was in den westlichen Provinzen an Catastralanfertigungskosten gezahlt worden, ist von den Grundbesitzern dieser Provinz aufgebracht worden.

Herr v. Rosen berg-Vipinski nimmt die Provinz Schlesien in Schutz, die Provinz werde durch Annahme des Amendement Jacob sehr hart betroffen werden, man möge daher die Regierungsvorlage annehmen.

Es sprechen die Herren Schaffer-Boichorst, v. Richthofen, Freiber v. Vinde, Schwenzner, v. Hoyerbed, welcher das bereits in der Commission gestellte, dort abgelehnte Amendement: „die durch die Ausführung entstehenden Kosten trägt die Staatskasse“, wieder aufnimmt.

Herr Schellwig. Die Regierungsvorlage enthält die gerechtesten Prinzipien.

Herr v. Blankenburg wird für das neue Amendement Hoyerbed stimmen, Herr Kühne (Berlin) für die Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung wird das Alinea 1 zum § 6 nach der Regierungsvorlage angenommen. Zu Alinea 2 wird das Amendement Hoyerbed abgelehnt (die Conservativen mit der Fraction Behrend stimmen dafür). Der Commissionen Antrag wird ebenfalls abgelehnt, wonach die Aufbringung der Kosten einem besondern Gesetz vorbehalten sein soll. Es werden sodann die Amendements Benda, Jacob, Schaffer-Boichorst abgelehnt und schließlich der § 6 nach der Regierungsvorlage unverändert angenommen und zwar mit überwiegender Majorität.

Die Discussion geht auf die §§ 7 und 8 über. Hierzu haben Herr v. Wedell (Nordhausen) und 31 Genossen der conservativen Partei das Amendement gestellt: „Die §§ 7 und 8 des Commissionenvorschlages zu streichen und dafür in einem § zu setzen: Die Feststellung der den einzelnen Provinzen, beziehungsweise ständischen Verbänden nach den Ergebnissen der stattgefundenen Ermittlungen des Reinertrags der Liegenschaften aufzuliegenden Grundsteuer-Hauptsummen, so wie die Feststellung der Untertheilung der Grundsteuer-Hauptsummen auf die einzelnen Kreise und innerhalb der Kreise auf die Gemeinden, selbstständigen Gutsbezirke und auf die einzelnen Grundstücke in den Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirken innerhalb der 6 östlichen Provinzen erfolgt durch ein Gesetz.“

Nach Hrn. v. Wedell, welcher sein Amendement vertheidigt und Hrn. v. Richthofen, spricht sich Hr. Wagener (Hagenwalde) dahin aus, daß jede Grundsteuerverfassung, welche der französischen nachgebildet ist, und das sei die unsere, von vorn herein jedem Communal-Leben die Wurzel abschneide.

Der Hr. Finanzminister erklärt sich gegen den „Finanzplan“ des Hrn. v. Wedell, ein Ausdruck, den der Hr. Berichterstatter sehr mißliebt. Mit dem französischen Muster habe die vorliegende Frage gar nichts zu thun. Das sei wieder eine reine Phantasie. — Das Amendement v. Wedell wird hierauf abgelehnt (dafür die conservative Fraction und Freiber v. Hoyerbed von der Fraction Behrend (Danzig). Die §§ 7 und 8 werden nach dem Commissionenvorschlage angenommen, in von dem Freiherrn v. Hertefeld beantragter Zusatz abgelehnt. Der § 9 wird ohne Discussion angenommen.

Zu § 10 (Uebergang steuerfreier Grundstücke in die Klasse der steuerpflichtigen und umgekehrt) haben die Abgeordneten Roden und Genossen beantragt: in Al. 3 den Satz: gehören dagegen“ — bis „zu veranlagten“ zu streichen. Dieses Amendement wird abgelehnt und ohne erhebliche Discussion dieser § nach den Anträgen der Commission angenommen, ebenso mit Beilegung mehrerer Amendements die letzten §§ des Gesetzes 11 und 12 und hiermit die Sitzung um 2 1/2 Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Es wird in der Beratung über die übrigen Gesetze der Grundsteuervorlagen fortgesetzt werden.

Aus dem Bericht, welchen der Abgeordnete v. Fock Namens der Commission für die Geschäftsordnung über den Antrag des Abgeordneten Grafen Henard auf Annahme einer Erklärung in den stenographischen Bericht des Hauses der Abgeordneten abgestattet, geht hervor, daß schon vor der Sitzung vom 8. Februar der Graf den Herrn Präsidenten davon in Kenntniß gesetzt, daß er im Wege eines Antrages zur Geschäftsordnung die Entfernung seines Namens aus der Wahlurne herbeizuführen beabsichtige, und der Hr. Präsident hatte ihm bemerkt, daß dieser Zweck sofort und ohne Antrag erreicht werden würde, wenn er, der Hr. Präsident, den mit Vorbereitung der Verloosung beauftragten Beamten des Hauses mit Zustimmung des Abg. Grafen Henard anweise, seinen Namen nicht in die Urne zu legen. Die Commission lehnt zuvörderst den Antrag des Grafen Henard, eine von ihm übergebene Erklärung in den stenographischen Bericht aufzunehmen, ab. Denn wäre ein solches Verfahren zulässig, so würden sich daraus zwei Folgen als möglich ergeben, von denen die eine gerade so unzulässig und unzulässig als die andere sein müßte. Entweder bliebe eine so der Öffentlichkeit übergebene Erklärung ohne Erwiderung, und dann nähme dieselbe in ihrer Einseitigkeit gewiß eine unberechtigte Stellung ein, oder es soll ihr die gebührende Erwiderung und Widerlegung zu Theil werden, alsdann aber hätte jedes Mitglied durch Abgabe solcher Erklärungen zu jeder Zeit ein Mittel, gegen die Beschlüsse des Hauses eine einmal geschlossene Debatte stets von Neuem aufzunehmen und zu verewigen. Die Commission ist ferner der Ansicht, daß mit Ablehnung des Antrages der Inhalt derselben als nicht vorhanden betrachtet werden müsse; sie schlägt vor, den Antrag auf sich beruhen zu lassen, indem sie die Aufrechterhaltung der Geschäftsordnung und das Ablehnen eines derselben widersprechenden Antrages höher ansetzt, als das Bilden und Aussprechen einer Ansicht über den Inhalt desselben.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Der Wahlkampf im dritten Bezirk, der in den letzten Tagen eine so lebhaft Spannung hervorrief, ist heute zur Entscheidung gelangt. Die Bemühungen, Herrn Schulze-Delisch den Platz unter den Abgeordneten Berlins zu bestreiten, sind gescheitert. Es waren bei der Wahlhandlung in der Tonhalle 299 Wahlmänner erschienen; die absolute Majorität betrug hiernach 150 Stimmen. Es erhielten Stimmen: Hr. Schulze-Delisch 164, Hr. Gymnasial-Director Kreh 133, Hr. Kammerer Hagen 2. Das erste Stimmzettel war hiernach sofort entscheidend, da Hr. Schulze-Delisch 14 Stimmen über die absolute Majorität und 31 Stimmen mehr als der eigentliche Candidat der Gegenpartei hatte.

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu der Nachricht von der Wahl:

Wir legen diesem Ergebniss nicht bloß eine vereinzelte Bedeutung bei, sondern halten sie für ein günstiges Vorzeichen in Beziehung auf die nächsten allgemeinen Wahlen. Ein Zerfallen der Coalition der liberalen Parteien, und eine scharfe Wiederkehr der alten Gegensätze würde unausbleiblich sein, wenn den geschäftigen Mitgliedern der Majorität der Nationalversammlung der Eintritt in die Kammer systematisch verschlossen werden sollte. Der Gewinn daraus würde lediglich der feudalen Partei zufallen; ein glücklicher Blick auf die „Kreuzzeitung“ zeigt, wie stark in jenem Lager schon lange hierauf speculirt wird. Will die Regierung, wie das Schreiben des Grafen Schwerin nach Anclam vor Kurzem bezeugte, diesen Bann aufrecht erhalten, so folgt ihr hierin das Volk nicht. In diesem ist vielmehr die Ueberzeugung verbreitet, daß die Regierung sich vielmehr bald äußeren Gefahren gegenübersehen wird, die sie veranlassen werden, mit der Laterne nach Männern zu suchen, denen der nöthige Schwung und die nöthige Thatkraft für schwere Zeiten eigen sind. Ob diejenige Taktik die richtige ist, welche diese Männer schon jetzt an den rechten Platz stellt, oder die andere, welche sie scharf zurückstößt, um sie erst in der äußersten Noth herbeizurufen, wird die Zukunft lehren.

* Die Nachrichten aus Warschau lauten heute für die Polen minder günstig. Fürst Gortschakoff verweigert die Entlassung der Verhafteten.

Der offiziöse Correspondent der „A. Z.“ schreibt: Die Bundes-Versammlung hat eine Frist von sechs Wochen zur Einholung von Instructionen in Betreff der Anträge des Militär-Ausschusses festgesetzt. Es entspricht dieses Zeitmaß, wie uns scheint, nicht eben der Dringlichkeit, welche die Reform der Bundes-Kriegsverfassung inmitten der obwaltenden Verhältnisse Europas erheischt, und es stimmt dasselbe auch nicht mit dem Eifer überein, welchen die Mittelstaaten rüchlichlich dieser Sache zur Schau getragen haben. Hierbei ist zu bemerken, daß Herr v. d. Pfordten, in seiner Eigenschaft als Referent, sogar eine achtwöchentliche Frist beantragt hatte. Der preussischen Regierung blieb daher nur übrig, dem Antrage Oesterreichs, der auf sechs Wochen lautete, zuzustimmen, um wenigstens die Verschleppung in etwas zu vermindern. — Nicht nur Frankreich, Rußland und England, sondern auch Schweden, auf dessen scandinavische Sympathien Dänemark bekanntlich sich große Rechnung macht, haben in Kopenhagen dringend angethan, die gerechten Ansprüche Holsteins in Betreff der Zustimmung zu den Steuern und der Gesetzgebung des Gesamtstaates zu erfüllen.

Von Agram ist der Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für den ehemaligen Banus, Grafen Jellachich, ergangen, und zwar nicht bloß, um dessen Verdienste um die Südslawen und Croaten überhaupt, sondern insbesondere „um die österreichische Monarchie und das österreichische Kaiserhaus“ zu feiern. Als Standort der dem „Bewältiger und Eroberer Ungarns“ zu errichtenden Reiter-Statue wird Agram vorgeschlagen. Bei 10,000 Fl. sind bereits gezeichnet.

England.

London, 5. März. Das „Court Journal“ schreibt: „Wir fühlen uns glücklich, mittheilen zu können, daß der Aufenthalt der Kaiserin von Oesterreich in Madeira die wohlthätigste Wirkung ausgeübt hat. Die unglücklichen Symptome sind fast gänzlich verschwunden, und die milde Lust der herrlichen Insel hat die erlauchte Fürstin körperlich und geistig gestärkt.“

Frankreich.

Paris, 5. März. Die Herren Jules Favre, Alfred Darimon, Ernst Picard, Hénon und Emil Olivier, also die fünf Mitglieder der republikanischen Opposition des gesetzgebenden Körpers, haben folgende drei Amendements zu dem Adressentwurf gestellt:

1) Die Zeit ist gekommen, um auf Rom die weisen Prinzipien des Systems der Nichtintervention in Anwendung zu bringen und Italien durch den unverzüglichen Abzug unserer Truppen zum vollständigen Herrn seiner Geschichte zu machen.

2) Damit das den Vertretern des Landes in den beschränkten Grenzen des letzten Decretes zurückgegebene Ueberwachungsrecht Früchte tragen könne, ist es nothwendig, das allgemeine Sicherheitsgesetz und alle anderen Ausnahmengesetze abzuschießen; die Presse von dem Regime der Willkür zu befreien und dem Gemeinderath und dem allgemeinen Stimmrecht durch die Aufrichtigkeit der Operationen und die Achtung vor dem Gesetze seine Kraft zurückzugeben.

3) Wir bedauern, daß ungeachtet der einstimmigen und häufig erneuerten Wünsche die Abstimmung über das Budget nach Ministerien beibehalten worden ist. Das Votum nach Capitel und Artikel ist das einzige Mittel, um zu einer ernstlichen Ueberwachung der Staatsfinanzen zu gelangen.

Ein viertes Amendement verlangt, daß die Städte Paris und Lyon, die wegen der vielen Neubauten in Unruhe seien, wieder ihre Stadtverordneten wählen dürfen. Bekanntlich werden seit Jahren die Mitglieder der Gemeinde-Commissionen dieser beiden Städte von der Regierung ernannt und nicht mehr gewählt. Man glaubt, daß diese vier Amendements zu heftigen Discussionen Veranlassung geben werden.

Es wird wieder viel von bevorstehenden Verhaftungen in der Mirèschen Sache gesprochen. Die Moniteur's Note und die Neben Dupins und Villaults im Senate machen diese Gerüchte wahrscheinlich. Bei Arond, dem Rechts-Consulenten der Caisse de Chemins de fer, und bei Holbromme, einem der Associés von Mirès, sollen Papiere mit Beschlagen belegt worden sein. — An dem neugebauten, doch nicht vom Stapel gelassenen Panzerschiff „Invincible“ werden bedeutende Veränderungen nach einem von dem Kaiser angeordneten Plane ausgeführt. — Die neueste Kanone, welche kürzlich in Vincennes so Wunderbares geleistet haben soll, durchbohrt nämlich die Eisenplatten des Schiffes auf den ersten Schuß, und man will deshalb den Panzer in entsprechender Weise verstärken. — Eine Deputation der Maroniten vom Libanon ist hier eingetroffen. Sie verlangen, so heißt es, für wenigstens noch ein Jahr die Fortdauer der französischen Occupation in Syrien. Auch Abd-el-Kader hat einen Brief an den Kaiser gerichtet, worin er die Situation Syriens in sehr düstern Farben ausmalen soll.

Graf Kisselew hat gestern mit Herrn Thouvenel eine Unterhaltung gehabt, in der er sich über die revolutionären Aufmunterungen in der Rede des Prinzen Napoleon beklagt hat. Der Minister der Auswärtigen hat die Verantwortlichkeit der Regierung für die ganz individuellen Ansichten des Prinzen abgelehnt.

Italien.

Turin, 3. März. Von einem Anlehen hört man jetzt weniger hier. Man hat für die laufenden Bedürfnisse noch Geld genug, da das Finanzministerium an das Haus Rothschild 25 Millionen Francs Schatzbons abgeben hat. Herr Vegezzi bleibt deswegen doch nicht, vielleicht nicht einmal so lange, als die 25 Millionen dauern. Cavour sucht immer noch nach einem geeigneten Nachfolger. Es heißt sogar, er werde, wenn er keinen brauch-

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ridert in Danzig.
 Danzig, den 9. März 1861.
 Der Unterricht bei der Lehrerin Frau Auguste Hirschbergs-Hellmann ist bereits beendigt worden, und wußte auch diesmal die talentvolle Frau sich die Liebe, Achtung und außerordentliche Zufriedenheit ihrer meisten Schülerinnen zu erwerben. Es wurde ihr zum Lohn für das vorzügliche Wirken von den Schülerinnen ein sehr werthvolles Andenken mit der Inschrift: „aus Dankbarkeit von den Danziger Schülerinnen“ am Schluß des Unterrichts von einer derselben, im Namen der anderen Mitschülerinnen, unter einer sehr gepaltvollen Anrede, überreicht. Frau Hirschbergs-Hellmann, über diese Auszeichnung, welche ihr auch dieses Mal in Danzig zu Theil wurde, sehr erfreut, ist allem Vernehmen nach entlassen, noch einen Lehrkursus zu eröffnen.

Konkurs-Eröffnung.
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht
zu Danzig,
I. Abtheilung,
den 6. März 1861, Vormittags 11 Uhr.
Ueber das Vermögen der unverselbten Maria
Hopp, Inhaberin einer Puz- und Mode-Waaren-
Handlung, Langgasse 50, ist der kaufmännische Kon-
kurs im abgetheilten Verfahren eröffnet und der Tag
der Zahlungseinstellung auf den 2. März c. fest-
gesetzt.
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der
Rechtsanwalt Köppl bestellt. Die Gläubiger des
Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf
den 16. März cr.,

Mittags 12 Uhr,
in dem Verhandlungszimmer No. 2 des Gerichts-
gebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn
Stadt- und Kreisrichter Casper anberaumten Termine
ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehal-
tung dieses Verwalters oder die Bestellung eines
andern definitiven Verwalters abzugeben.
Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld,
Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahr-
sam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird
aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder
zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände
bis zum 10. April cr., einschließlich dem Ge-
richte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu
machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen
Rechte, eben dahin zur Konkursmasse abzuliefern.
Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte
Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in
ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu
machen.

Conversations-Vericon, von Brockhaus, in
eleganter Einbande, ist für den festen Preis von
18 Thlr. zu verkaufen Brobbänke 32, 2 Tr. n. hint.

Auction mit fichtenen Kuchhölzern
aller Art, neuen Dachpfannen und
Moppen.

Mittwoch, den 13. März 1861, Vor-
mittags halb zehn Uhr, werden die unter-
zeichneten Mäler Kneipab No. 37, auf dem
ehemaligen Kuhnischen Holzfelde, durch
öffentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare
Bezahlung in Fr. Court. verkaufen:

fichtene Balken und Mauerlatten von
diversen Dimensionen,

2- und 3-zöllige fichtene Bohlen, bis
40 Fuß lang,

1 1/2- und 1-zöllige fichtene Dielen von
12 Fuß Länge und darüber,

Gallerbohlen, Biggenbohlen u. leichte
Gallerbohlen,

polnische 3-zöllige Bohlen u. polnische
Kreuzhölzer,

Schalbohlen, Balkenschwarten und
Kreuzhölzer in verschiedenen Di-
mensionen,

Dach- und Gartenlatten, Bauholz ver-
schiedener Art,

fichtenes Brennholz, so wie endlich
eine Parthie neue holl. Dachpfannen
und Flensburger Moppen.

Wegen Räumung des Feldes sol-
len sämtliche Gegenstände möglichst
billigst zugeschlagen werden, und indem
wir die Baubereiten, sowie die Herren Zimmermeister
und Tischler auf diese Auction aufmerksam ma-
chen, erlauben wir uns alle Kauflustige zu einem
recht zahlreichen Besuch derselben ganz ergebenst
einzuladen.
Nottenburg. Meßien.

3207 Mäler.

Auction mit Portland-Cement
in Hensfahrwasser.

Dienstag, den 12. März 1861, Nach-
mittags 4 Uhr, werden die unterzeichneten
Mäler auf Veranlassung eines königlichen Commerz-
und Admiraltäts-Collegii in Hensfahr-
wasser, im Speicher des Herrn C. A. Lindenberg
gleich hinter den Salz-Magazinen — durch öf-
fentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare
Bezahlung in Preuß. Cour. verkaufen:

875 Tonnen Portland-Cement
von der Marke Robins u. Co., mehr
oder weniger durch Seewasser beschä-
digt, welche aus dem Schiffe „Wilhelm
August“, Capt. Scharnberg, entladen
worden sind. Nottenburg. Meßien.

Gothaer Cervelat- und Braunschwei-
ger Leber-Trüffel-Wurst erhielt neue
Zusendung

F. A. Durand, Langgasse 54.

Echte Teichkarpfen
sind stets zu haben Kar-
pfenreizen No. 21.

Den Verkauf des Abends am
Langenmarkt habe ich eingestellt.

C. J. Schramm Wwe.

In Magkau bei Danzig ist schöne große
Saatkörbe zu haben.

3320

Kais. Kgl. Oesterr. fl. 100 Loose vom Jahre 1858.

Große Ziehung am 1. April 1861.

mit Gewinnen von fl. 250,000, 200,000, 50,000, 40,000, 20,000, 10,000 u.
Niedrigster Treffer fl. 130,

sind zum billigsten Tagescourse, sowie auch nur für obige Ziehung gültig p. Std. 3 Thlr., p. 6 Std.
Thlr. 17, p. 11 Std. Thlr. 30, gegen franco Einzahlung des Betrags oder Postnachnahme, resp. Post-
einzahlung zu beziehen bei

Albert David,
Staats-Effekten-Geschäft in Frankfurt a. M.
P. S. Amtliche Listen sende sofort nach der Ziehung franco per Post. [3280]

Unser Lager von Panama-Hüten

empfehlen wir auch in diesem Jahr unsern Kunden bestens. Auf frankirte Briefe versenden wir
unter Postnachnahme Probe-Hüte — 12, 15, 18, 21 etc. bis 48 H. pr. Dtz. — und ertheilen
bei guten Referenzen drei Monat Credit.

Hamburg, den 5. März 1861.
NB. Unser Panama-Hüte-Lager in Leipzig zur bevorstehenden Oster-Messe unverändert: Brühl
No. 80, in der grünen Tanne.

Königl. Preuß. Staats- und landwirthschaftl. Akademie

zu
Eldena bei Greifswald.

An der hiesigen Akademie beginnt das nächste Sommersemester am 15. April und die Vor-
lesungen erstrecken sich auf die im Studienplane derselben vorgeschriebenen Disciplinen aus der Staats-,
Landes- und Forstwirthschaft und deren Hilfswissenschaften. Der specielle Lectationsplan ist in den Königl.
Preuß. Amtsblättern aufgenommen und nähere Auskunft über die Akademie und deren Einrichtung wird
auf besondere Anfrage von dem Unterzeichneten gern ertheilt.
Eldena, im Februar 1861.

Der Geh. Regierungs-Rath und Director der Staats- und landwirthschaftlichen Akademie
Dr. E. Baumstark.

KALK
ist stets zu haben Langgarten 107 und
in der Kalkbrennerei bei Legan.

[3215] **J. G. Domansky Wwe.**

Gogoliner Kalk,
besten Qualität, offerirt billigt und nimmt Be-
stellungen an

M. Richter in Breslau.

Alte und frische Limburger Käse,
besten Qualität, à Stück 4, 4 1/2 u. 5 Sgr.,
bei Kisten u. Dg. billiger, alte Berliner Kuh-Käse,
8 Pf. u. 1 Sgr. 3 Pf., empfiehlt
R. F. Haenschel, Junkergasse.

Havana - Cigarren,
für Mille à 20, 25, 30, 35 und 40 Thlr., in abge-
lagerter Waare, empfiehlt

Carl F. R. Stürmer,
Schmiedegasse No. 1.

Citronen,
in Kisten billigt und ausgezählt 100 Stück 1 Thlr.,
empfiehlt

[3312] **Rob. Heinr. Pantzer.**

Camelien- u. Veilchen-Bouquets,
das Eleganteste zu Bällen, Geburts-
tagen u., empfiehlt Heilgeistgasse 35

[3316] **Julius Radike.**

Französischen und inländischen
gemahlenen Düngergypsen

vollständig trocken, empfehle ich zu den billigsten
Preisen.

A. Preuss, in Dirschau.

Langgarten No. 62, im Gasthause
zum Danziger Landreise, stehen 10 Lit-
tauer Wagen- und Reit-Pferde zum
Verkauf; dabei 2 schöne Grauschimmel,
2 Rapen, als Kutschpferde sich eignend, und können
dieselben dort jederzeit besehen werden. [3294]

40 Stück junge Pferde,
verschiedenen Alters, worunter auch
einige Hengste von guter Race, zum
Theil nach edlen Hengsten gefallen, beabsichtige ich
wegen Wirthschaftsveränderung in öffentlicher Auction
zu verkaufen. Hierzu habe ich einen Termin auf

Freitag, den 15. März c.,
von Vormittags 11 Uhr ab,
im Kreuzwege zu Schwansee bei Bahnhof
Mittelsdorf anberaumt, wozu ich mit dem Bemerkten
einlade, daß auf Verlangen bekannten zahlungsfähigen
Käufern angemessener Credit gewährt wird.
Kagnase, 1. März 1861.

[3184] **Doehling.**

Ein Gut in Ostpreußen (Lithauen)
pp. 800 Morgen groß, 1 Meile von der Chaussee,
die nach der 3 Meilen entfernten Eisenbahn führt,
mit Brennerei und 6-gängiger oberflächlicher Was-
sermühle von nie veragender Wasserkraft, ist zu
verkaufen.

Auch kann die Mühle mit 146 Morgen beson-
ders abgegeben werden.
Nähere Auskunft in der Expedition dieser Ztg.

Güterankäufe und Pachtungen.
Die geehrten Besitzer grös. u. mill. Güter,
welche solche verk. od. verp. woll., werd. gemäss
viels. Austr. v. bedeut. Käufern u. Pächtern ergeb.
um geneigte Zusend. speciell. Anschläge ersucht,
durchs. Gütercompt. in Danzig, Frauengasse 48;
das auch über verschied. grössere Kapitalien auf
unbedingt sichere Hyp. Näheres mündlich.

Weisse, rothe u. schwedische Klee-, Thimothe u.
Spörgelhaat, franz. u. Sand-Luzerne, englisches u.
italienisches Abagras, Honig- u. Fioringras, Schaf-
schwingel, Wiesenschwingel, Mischung, Wiesenspen-
gras, Futtermöhren, Wicken, rothe u. weisse An-
telnäben- u. St. ppehräbenhaat, sowie Madia Sativa
empfiehlt zu civilen Preisen

die Saaten-Handlung von
F. A. Waldow.

Brobbänken- u. Kücknurgassen-Ecke 9.

Druck und Verlag von A. B. Rafemann in Danzig.

Langgasse 18 ist eine Wohnung, best. aus: 1
Zimmer, Kuche, 1 Hinterzimmer, 1 Kuche, 1
Etage nebst Küche u. sofort billig zu vermieten.
Zu erfragen 1 Tr. hoch, im Comtoir.

UNION.

Eingetretener Hindernisse wegen muß die am
9. März beabsichtigte Fest-Sitzung einstweilen auf-
geschoben werden und sollen nähere Bestimmungen
später bekannt gemacht werden.

Das Präsidium. [3301]

Stadt-Theater in Danzig.

Freitag, den 8. März.
(VI. Ab. No. 4.)

Gastspiel des Hrn. Ottilie Genée.
Zum Erstenmale:

Ein Autograph,
oder

Wie ein Kammermädchen lesen lernt.
Aufspiel in 1 Akt von A. Bergen.

Hierauf zum Erstenmale:
Ein Loch in der Wand.

Posse mit Gesang in 1 Akt von A. Christen.
Musik von Rosner.

Dann:
Zwei Bräute,
oder

Stadt und Landliche.
Soloherz von A. Hahn.

Zum Schluß auf Verlangen:
Des Theaterdieners Tochterlein.

Schwank mit Gesang in 1 Akt von A. Hahn.

Sonnabend, den 9. März.
(VI. Ab. No. 5.)

Zweites und letztes Concert des Herrn
Professor Colosanti.

Dazu:
Der Maurer und der Schlosser.

Romische Oper in 3 Akten von Auber.

Sonntag, den 10. März.
(VI. Ab. No. 6.)

Fünfte Gastdarstellung des Hrn. Genée.
Zum Zweitenmale:

Ein Loch in der Wand.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Christen.
Hier: uf zum Erstenmale:

Nosafinde Garibaldini.

Posse mit Gesang in 2 Akten von A. Hahn.
Erste Abtheilung: Eine reisende Gesellschaft.
Zweite Abtheilung: Nosafindens beste Rolle.

Zum Schluß:
Eine Berliner Bonne,
oder

Gustchen am Goldfischteich.
Berliner Genrebild in 1 Akt von Jacobsohn.

Anfang 6 1/2 Uhr.
R. Dübbern.

Eisenbahn-Fahrplan für Danzig.

Abfahrt nach: Ankunft von:
Berlin . . 5 1/2 u. 5 1/2 u. Königsberg 8 1/2 u. 16 1/2 u.
Königsberg 9 1/2 u. 14 1/2 u. Berlin . . 11 1/2 u. 15 1/2 u.
do. . . 3 1/2 u. 4 1/2 u. Königsberg 2 1/2 u. 22 1/2 u.
Berlin . . 5 1/2 u. 25 1/2 u. do. . . 7 1/2 u. 18 1/2 u.
Königsberg 8 1/2 u. 26 1/2 u. Berlin . . 11 1/2 u. 58 1/2 u.

Wohnungs-Anzeigen.

Fleischergasse 42, 2 Zimmer.
Vorst. Graben 59, 1 Tr., 1 möbl. Stube.

Holzgasse 21, 3 Tr., 1 möbl. Stube.
Hundegasse 118, 2 Stuben nebst Kabinett.

Jopengasse 24, 3 Tr., 1 möbl. Stube.
50, die 1. Saal-Etage.

Langenmarkt 35, die Hänge-Etage.
Petersiliengasse 4, 1 möbl. Stube nebst Cabinet.

Weserstadt 51, 1 Wohnung.
Höpergasse 7, 2 Tr., 1 möbl. Saal.

15, 1 Tr., 1 möbl. Stube.
Sandgrube 47, 1 Stube nebst Kabinett.

Schmiedegasse 29, 3 Tr., 1 möbl. Stube.

Angekommene Fremde.
Am 8. März.

Englisches Haus: Rechnungsrath Raabe a. Ber-
lin. Oekonomie-Commissarius Waas n. Gem. a.
Neustadt. Kauf. England a. Hull. Baumgarten
a. Magdeburg. Gelle u. Rosenthal a. Berlin.

Wollenberg a. Königsberg u. Liebmann a. Mainz.
Ingenieur Wagentnecht a. Elbing.

Hôtel de Thon: Pastor Voelckland a. Lobsens.
Gutsbes. Wessel n. Gem. a. Stöblau u. Schmidt
a. Berlin. Kauf. Willich a. Hamburg. Köster a.
Königsberg u. Wenzel a. Bromberg. Fabrikant
Häselberg a. Leipzig.

Schmalzer's Hotel: Feuer-Verf. Jasp. Neumann
a. Berlin. Lieut. Gebrard a. Stolp. Kauf. Wuhre
a. Petersburg. Knabe a. Weimar u. Dubois a.
Lyon.

Hôtel de Berlin: Rittergutsbes. Seyne a. Felge-
nau. Kauf. Gurth a. Frankfurt a. M. Liebert
a. Berlin. Gutsbuths a. Dresden u. Nischke a.
Magdeburg.

Walter's Hotel: Polizei-Rath Niederstetter a.
Danzig. Kauf. Stade a. Leipzig. Menz a. Nord-
hausen. Kapenstein a. Friedburg u. Grapshoff a.
Hamburg.

Deutsches Haus: Gutsbes. Mischewski a. Brom-
berg u. Jeszowski a. Gollub. Kauf. Jurmann
a. Berlin. Wente a. Bromberg u. Delert a. Kö-
nigsberg. Oekonom Welmann a. Gabelnau.

Meteorologische Beobachtungen.
Observatorium der Königl. Navigationsschule zu Danzig.

März 1

Wind und Wetter.